

**PRESSEMITTEILUNG****Pressesprecher****Dirk Hundertmark**

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: [info@cdu.ltsh.de](mailto:info@cdu.ltsh.de)Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>**Johann Wadephul:  
Deutliche Unionshandschrift im Koalitionsvertrag erkennbar**

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Dr. Johann Wadephul, hat das eindeutige Votum des heutigen „Kleinen Parteitages“ der CDU in Berlin für eine Annahme des Koalitionsvertrages mit der SPD auf Bundesebene begrüßt: „Für die künftige Bundeskanzlerin Angela Merkel ist eine hohe Zustimmungsrate in ihren eigenen Reihen natürlich von ganz entscheidender Bedeutung“, so Wadephul.

Wichtig für die dauerhafte Regierungsfähigkeit der Koalition sei, dass die ausgehandelten Kompromisse von einer breiten Mehrheit auf beiden Seiten getragen würden. Wie schon in Schleswig-Holstein gelte deshalb auch auf Bundesebene, dass ein fairer Kompromiss geschlossen werden müsse, in dem sich beide Seiten wieder erkennen können.

Dies sei bei dem vorliegenden Koalitionsvertrag der Fall. Niemand hätte im Ernst erwarten können, dass in dem Koalitionsvertrag das Wahlprogramm der Union „eins zu eins“ abgedruckt werde. Es sei den Verhandlungsführern aber gelungen, ganz wesentliche Forderungen der Union durchzusetzen: „Die Lohnzusatzkosten werden gesenkt, der Einstieg in eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes ist gelungen, die Einführung des Kombi-Lohn Modells wird geprüft, Hartz IV wird schnell und grundlegend überarbeitet“, so Wadephul. Auch hätten im Koalitionsvertrag zahlreiche Forderungen der Union zum Bürokratieabbau und zur Förderung des Mittelstandes Aufnahme gefunden. „Damit wird deutlich, dass die Forderung der Union nach `Vorfahrt für Arbeit` auch das Regierungshandeln der Großen Koalition bestimmen wird“, stellt Wadephul fest.

Entscheidende Schritte erwartet Wadephul vor allem im Bereich der Föderalismusreform: „Die Große Koalition bietet jetzt die einmalige Chance, die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern wieder klar abzugrenzen und den Ländern wieder eigenständige Entscheidungsspielräume zu eröffnen“. Bislang scheiterten schnelle Entscheidungen zu häufig an unübersichtlichen Zuständigkeitsregelungen. Auch in diesem Punkt habe die Union ihre „föderale Grundüberzeugung“ durchsetzen können. „Der Bund wird zahlreiche Kompetenzen wieder da hin abgeben, wo sie hingehören – in die Länder“, stellt Wadephul abschließend fest.